



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
3. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 04.07.2019
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Jutta Maeder
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Bastian Nickel
Frau Ulrike Skodd
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Herr Helmut Krause
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf

Herr Ingolf Pätzold
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Frau Manuela Laßen
Herr Timon Lütschen

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Frau Julia Freundl
Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Ralf Tost
Herr Christoph Watolla

Personalrat
Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Gäste
Herr Wenge, Städt. Sparkasse Kamen

Entschuldigt fehlten
Herr Peter Holtmann
Herr Martin Köhler
Herr Volker Sekunde

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, Herrn Wenge von der Sparkasse UnnaKamen und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes	
3	Umbesetzung von Ausschüssen	058/2019
4	Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	059/2019
5	Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH	060/2019
6	Wahl einer ordentlichen Delegierten für die Gesellschafterversammlung der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)	061/2019
7	Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in die Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH	062/2019
8	Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Beirat der Klinikum Westfalen GmbH	069/2019
9	GUTES-TUN-Stiftung hier: Bericht der Sparkasse UnnaKamen, Herr Wenge	
10	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Stadtentwässerung Kamen	048/2019
11	Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung	050/2019
12	Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2018	055/2019
13	Entlastung der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2018	057/2019
14	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2018	067/2019
15	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2018	056/2019
16	Bürgerhaushalt hier: Bericht der Verwaltung	
17	Bericht über die Einwohnerversammlung in Kamen am 13.05.2019	
18	Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands hier: Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN	
18.1	Antrag der SPD-Fraktion	

19	Interkommunales Bad prüfen hier: Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion B90/DIE GRÜNEN
20	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr Karl-Adolf **Schneider**, wohnhaft Kupferberg 7 in Kamen, wies auf den nicht barrierefreien Fußweg zur Bushaltestelle an der Werner Straße hin, fragte nach den Fördermitteln zum Projekt „Barrierearme Stadt“ und bat um zeitnahe Änderung der Situation.

Die **Bürgermeisterin** sicherte einen kurzfristigen Ortstermin und die Prüfung der Fördermittel zu.

Herr Peter **Streich**, wohnhaft Werver Mark 166 in Kamen, berichtete über die Verkehrssituation in Heeren und kritisierte hierbei den Schwerlastverkehr. Er bat um eine kurzfristige Feinstaub-Messung und übergab der Bürgermeisterin ein selbsterstelltes Informationsschreiben zum Thema „Feinstaub-Notstand in Kamen Heeren“.

Herr **Dr. Liedtke** informierte, dass die Bedenken und Hinweise von Herrn Streich schon an die Landesstraßenbauverwaltung in Bochum und an die Bezirksregierung in Arnsberg mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet worden seien. Sobald die Verwaltung Rückmeldung erhalte, werde man sich mit Herrn Streich in Verbindung setzen.

Zu TOP 2.

Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Die **Bürgermeisterin** verpflichtete Herrn Bastian Nickel - als Ratsnachfolger für Frau Nicola Zühlke - seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohl der Gemeinde zu erfüllen.

Zu TOP 3.
058/2019

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nachfolgende Umbesetzungen:

Behindertenbeirat

stellv. Mitglied

bisher

Nicola Zühlke

neu

Bastian Nickel

Betriebsausschuss

stellv. Mitglied (skB)

bisher

Bastian Nickel

neu

Vincent Borosch

Familien-, Sozial- und
Generationenausschuss

stellv. Mitglied

bisher

Nicola Zühlke

neu

Bastian Nickel

Haupt- und
Finanzausschuss

stellv. Mitglied

bisher

Nicola Zühlke

neu

Bastian Nickel

Jugendhilfeausschuss

ordentliches Mitglied

bisher

Nicola Zühlke

neu

Ulrike Skodd

stellv. Mitglied

Ulrike Skodd

Joachim Eckardt

Kulturausschuss

ordentliches Mitglied

bisher

Nicola Zühlke

neu

Theodor Wältermann

stellv. Mitglied

Theodor
Wältermann

Bastian Nickel

Partnerschaftsausschuss

stellv. Mitglied	<u>bisher</u> Nicola Zühlke	<u>neu</u> Bastian Nickel
------------------	--------------------------------	------------------------------

Planungs- und Straßenverkehrsausschuss

stellv. Mitglied	<u>bisher</u> Nicola Zühlke	<u>neu</u> Bastian Nickel
ordentliches Mitglied (skB)	Bastian Nickel	Jan Kalthoff
stellv. Mitglied (skB)	Lars Klein	Oliver Bartosch

Schul- und Sportausschuss

stellv. Mitglied	<u>bisher</u> Nicola Zühlke	<u>neu</u> Bastian Nickel
stellv. Mitglied (skB)	Bastian Nickel	Jan Isert

Umwelt- und Klimaschutzausschuss

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Theodor Wältermann	<u>neu</u> Bastian Nickel
stellv. Mitglied	Nicola Zühlke	Theodor Wältermann
stellv. Mitglied (skB)	Marco Pincus	Jens Ebmeier

Wirtschaftsausschuss

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Nicola Zühlke	<u>neu</u> Bastian Nickel
-----------------------	--------------------------------	------------------------------

VHS-Zweckverbands- versammlung

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Nicola Zühlke	<u>neu</u> Bastian Nickel
-----------------------	--------------------------------	------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
059/2019

Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Beschluss:

Der Rat wählt für die Dauer seiner Legislaturperiode das nachstehende Mitglied in den Aufsichtsrat der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen:

stellvertretendes Mitglied:

bisher Nicola Zühlke

neu Bastian Nickel

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
060/2019

Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode als ordentliches Mitglied in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH:

bisher: Nicola Zühlke

neu: Gökcen Kuru

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
061/2019

Wahl einer ordentlichen Delegierten für die Gesellschafterversammlung der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode als ordentliches Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS):

bisher: Nicola Zühlke

neu: Ulrike Skodd

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
062/2019

Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in die Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH:

stv. Mitglied

bisher: Nicola Zühlke

neu: Jutta Maeder

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
069/2019

Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Beirat der Klinikum Westfalen GmbH

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schlägt dem Aufsichtsrat der Westfalen Klinikum GmbH folgenden Vertreter für die Wahl in den Beirat vor:

bisher: Christiane Klanke

neu: Martin Köhler

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

GUTES-TUN-Stiftung
hier: Bericht der Sparkasse UnnaKamen, Herr Wenge

Herr **Wenge**, Vorstandsmitglied der Sparkasse UnnaKamen, referierte anhand einer PowerPoint-Präsentation (*im Ratsinformationssystem hinterlegt*) über die Stiftung „GUTES-TUN“. Er informierte über die Stiftungsmodelle, möglichen Stiftungszwecken und erläuterte den grundsätzlichen Aufbau der Stiftung sowie der ergänzenden Stiftungsgremien.

Die **Bürgermeisterin** ergänzte, dass nach erteilter Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine informative Auftaktveranstaltung erfolgen werde.

Zu TOP 10.
048/2019

Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Stadtentwässerung Kamen

Herr **Kasperidus** sprach von einem sehr guten Ergebnis, auch zukünftig sei die Prognose positiv. Er bedankte sich im Namen seiner Fraktion bei den Mitarbeitern der Stadtentwässerung.

Auch Herr **Diederichs-Späh** begrüßte das Ergebnis und bedankte sich ebenfalls bei den Mitarbeitern.

Beschluss:

Die folgenden Punkte 1 und 2 werden vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zum Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH beschlossen:

1. Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2018 in der vorliegenden Form fest.
2. Der Jahresgewinn 2018 von 3.404.478,40 € wird in Höhe von 386.401,00 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt und der verbleibende Überschuss in Höhe von 3.018.077,40 € auf das Wirtschaftsjahr 2019 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
050/2019

Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung

Beschluss:

Vom Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 3.404.478,40 € gemäß Bilanz des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen zum 31.12.2018 wird im Jahr 2019 ein Betrag von 2.500.000,00 € an die Stadt Kamen ausgeschüttet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.
055/2019

Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2018

Herr **Eckardt** begrüßte das Ergebnis des Jahresabschlusses, da es den Planzahlen entspreche. Die Stadthalle habe regional und überregional ein gutes Standing. Man sei auf einem stabilen Weg.

Für die CDU-Fraktion bestätigte Herr **Kemna**, dass man dem Jahresabschluss sowie der Entlastung der Geschäftsführung (siehe TOP 13) zustimmen werde. Die KBG sei weiterhin bemüht, einen Pächter für die Gastronomie zu finden. Er dankte besonders dem ausgeschiedenen Herrn Bierkemper für sein jahreslanges Engagement für die Stadthalle.

Die Fraktion DIE LINKE./GAL werde dem Jahresabschluss aufgrund mangelnder Informationen nicht zustimmen, so Herr **Grosch**. Trotzdem sei die Stadthalle wichtig für Kamen. Er bat um einige Erläuterungen in der Beschlussvorlage.

Herr **Tost** zitierte aus der Vorlage, sie sei ausführlich und informativ erläutert. Er bot der Fraktion DIE LINKE./GAL erneut an, bei Fragen zur KBG jederzeit zur Verfügung zu stehen.

Herr **Heidler** merkte an, dass der Verlustbereich im Vergleich zu anderen Einrichtungen in der Region vertretbar sei. Die Stadthalle habe überregionale Werbewirkung für die Stadt Kamen.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2018 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 338.981,75 € wird von der Stadt Kamen ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 13.
057/2019

Entlastung der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2018

Mitglieder des Rates, die zugleich Mitglieder in der Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH sind, dürfen gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mitwirken.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung und Stellvertreter sind Anke Dörlemann, Stefan Helmken, Joachim Eckardt, Volker Sekunde, Hans-Dieter Heidenreich, Gökçen Kuru, Wilhelm Kemna, Ralf Langner, Christiane Klanke, Ursula Müller, Ulrike Skodd, Dietmar Wünnemann und Rosemarie Gerdes.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH (KBG) wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Die Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH wird gem. § 11 Abs. 1 d des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr 2018 uneingeschränkt entlastet.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
067/2019

Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2018

Herr **Heidler** sprach ein Lob an die Gesellschaft aus. Der tatsächliche Jahresfehlbetrag sei für den städtischen Haushalt erfreulich. Positiv hob er die Vermarktungserlöse hervor. Er danke Frau Peppmeier und den Mitarbeitern der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Engagement und die geleistete Arbeit.

Herr **Fuhrmann** schloss sich den Ausführungen von Herrn Heidler an, dankte Frau Peppmeier und den Mitarbeitern für die gute Arbeit.

Herr **Grosch** fragte, ob in diesem Jahr die Personalaufwendungen und somit der städtische Zuschuss aufgrund der geringen Aufwandsentschädigung von Frau Peppmeier weiter sinken würden.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass sich das Ergebnis noch verändern werde. Frau **Peppmeier** ergänzte, dass im laufenden Geschäftsjahr mit einem Planverlust von 151.000 € gerechnet wurde.

Herr **Heidler** gab zu bedenken, dass das, was die TECHNOPARK GmbH im Bereich der Wirtschaftsförderung leiste, kaum messbar sei.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2018 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 148.315,95 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 15.
056/2019

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2018

Mitglieder des Rates, die zugleich Mitglieder im Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH sind, dürfen gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mitwirken.

Mitglieder des Aufsichtsrates und Stellvertreter sind Rainer Fuhrmann, Ralf Langner, Daniel Heidler und Volker Sekunde.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Dem Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH wird gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.
2. Der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH wird gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.

Bürgerhaushalt
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Tost** erläuterte ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation (*im Ratsinformationssystem hinterlegt*) zu einem möglichen Bürgerhaushalt.

Herr **Heidler** lobte den Entwurf. Wichtig sei der Dialog mit den Bürgern in den einzelnen Ortsteilen. Er wünschte sich eine hohe Beteiligung.

Herr **Heuchel** fragte nach digitalen Vorbereitungen zu den geplanten Bürgerversammlungen und möglichen ortsübergreifenden Ideen der Bürger.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass die Bürger für alle Ortsteile ihre Ideen anbringen könnten. Zunächst seien die Bürgerversammlungen geplant, im weiteren Schritt könnte über ein Portal nachgedacht werden.

Es handle sich hier nicht um ein Bürgerhaushalt, sondern eher um die Einrichtung eines Verfügungsfonds, so Herr **Eisenhardt**. Ein Bürgerhaushalt sei eine dialogische Auseinandersetzung mit dem Bürger über alle Ausgaben einer Stadt. Seine Fraktion habe sich zu diesem Tagesordnungspunkt eine Mitteilungsvorlage gewünscht und fragte, wann über das Konzept im Rat beschlossen werden solle. Er fordere einen echten Bürgerhaushalt, indem die Bürger sich einbringen können.

Frau **Dörlemann** schloss sich den Ausführungen von Herrn Eisenhardt an und kritisierte, dass ein online-Portal für die Bürgerbeteiligung nicht vorgesehen sei.

Herr **Tost** entgegnete, dass mehr Bürger durch die Versammlungen erreicht würden, als es das Bürgerportal in den letzten Jahren online geschafft habe.

Frau **Schaumann** begrüßte es, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Allerdings sprach sie sich gegen das festgelegte Budget aus und hielt das Konzept nicht für einen Bürgerhaushalt. Sinnvoller seien abgestimmte Vorschläge der Bürger direkt als Vorlage in den Rat einzubringen.

Herr **Heidler** äußerte Bedenken aufgrund der hohen Komplexität des gesamten Haushaltes, dem Bürger das angemessen und verständlich widerzuspiegeln. Die Bürger sollten über die investiven Maßnahmen in ihren Stadtteilen mitentscheiden können.

Das vorlegte Konzept sei kein Abbild des städtischen Haushalts und es gebe kein Budget, über welches frei verfügt werden könne, entgegnete Frau **Schaumann**.

Herr **Eisenhardt** teilte mit, dass die Bürger sehr wohl Einsparungsvorschläge machen, Defizite aufzeigen und Vorschläge zur Verbesserung machen würden. Dieses Konzept sei keine Beteiligung am Haushalt. Er begrüße aber einen Verfügungsfond in der Höhe des vorgestellten Budgets für jeden Ortsteil.

Auf die Frage von Herrn **Stalz**, ob ein Budget, welches nicht komplett von einem Stadtteil abgerufen werde, auf andere Stadtteile übertragen werden könne, antwortete die **Bürgermeisterin**, dass es zunächst im Stadtteil verbleibe.

Herr **Eckardt** erläuterte den Begriff Bürgerhaushalt und appellierte an die Ratsmitglieder, dieses Konzept motivierend zu begleiten.

Frau **Klanke** kritisierte das mangelnde Engagement der Fraktionen in den letzten Jahren zum Thema Bürgerhaushalt.

Herr **Eisenhardt** bemängelte die fehlende Kommunikation zu den Bürgern im Internetportal. Er fragte nach dem Zeitplanablauf des Konzeptes.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass das Konzept am 24.09.2019 im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werde. Vorschläge aus dem Rat begrüße sie. Sie warb dafür, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, um Anregungen aufzunehmen. Auch der Austausch unter den Bürgern sei wichtig.

Herr **Stalz** regte an, den Namen des Konzeptes vorab zu überdenken.

Auf den Appell von Herrn **Helmken**, die Bürger online zu beteiligen, äußerte die **Bürgermeisterin**, dass das Konzept jederzeit mit einem Online-Portal erweitert werden könne.

Die CDU-Fraktion begrüße das Konzept bei anderer Namensgebung, so Herr **Langner**. Es sei ein Bürgerbudget und kein Bürgerhaushalt.

Frau **Klanke** wünschte sich im Dialog mit dem Bürger zu stehen und erinnerte an die schlechte online Beteiligung der letzten Jahre.

Auch Herr **Kasperidus** empfand die geringe online Beteiligung der Bürger frustrierend.

Herr **Kuru** kritisierte, dass bei der damaligen Einführung des Bürgerhaushaltes bis auf die SPD-Fraktion keine weitere Fraktion dafür geworben habe.

Herr **Tost** ergänzte, dass 15 Nutzer in 2018 und 4 Nutzer in 2017 online Anregungen zum Bürgerhaushalt abgegeben hätten. Er gehe davon aus,

dass eine Bürgerversammlung in den einzelnen Stadtteilen mehr Menschen erreichen würde.

Herr **Diederichs-Späh** wies den Vorwurf zurück, dass seine Fraktion keine Anregungen und Hinweise der Bürger weitergeben hätte. Er befürchtete, dass ohne eine online Beteiligung Bürger ausgeschlossen würden.

Herr **Fuhrmann** bat, den Ausschluss der online Beteiligung zu überdenken.

Herr **Heuchel** bewertete die geringe Beteiligung am Bürgerhaushalt damit, dass es den Bürgern schlichtweg unbekannt gewesen sei.

Herr **Lipinski** erinnerte an das Integrierte Handlungskonzept in Heeren, welches positiv von den Bürgern begleitet worden sei.

Zu TOP 17.

Bericht über die Einwohnerversammlung in Kamen am 13.05.2019

Die **Bürgermeisterin** berichtete über die Einwohnerversammlung in Kamen am 13.05.2019. Sie erläuterte das rechtliche Zustandekommen der Versammlung nach der Gemeindeordnung. Wesentliche Inhalte seien die Vorstellung des bisherigen Prozessverlaufs, der Sachstandsbericht durch den Geschäftsführer der GSW, die Vorstellung des Sanierungsstands der Kamener Bäder durch Frau Kersting von der Firma Constrata, die Vorstellung der Kombibadplanung durch Herrn Brinkhus, geising + böker, die Zusammenfassung und der Ausblick des weiteren Verfahrens sowie Anfragen der Einwohner gewesen.

Fazit sei, dass es eine sehr gute Resonanz mit 300 Teilnehmern gegeben habe. Es hätten faire und aufmerksame Diskussionen stattgefunden. Weiterhin habe es Informationen, Zuspruch und Kritik gegeben, Fragen nach Parkplätzen, Attraktivität, Erreichbarkeit für Schulklassen sowie Trainingsmöglichkeiten seien erläutert worden. Die Heerener Bürger hätten ihre Wünsche dargestellt. Die Mahnung durch den Experten, nicht mehr lange zu warten, da die Baukosten von 10 bis 15 Prozent pro Jahr steigen würden, sei erörtert worden. Der Baustart sei realistisch im Herbst 2021, die Bauzeit betrage 24 Monate und Vereine würden ein Jahr vor Eröffnung eingebunden.

Zu TOP 18.

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands
hier: Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN

Frau **Dörlemann** erläuterte die Resolution ihrer Fraktion. Sie kritisierte, dass das vor Jahren verabschiedete Klimaschutzkonzept in Kamen bis jetzt kaum umgesetzt worden sei. Sie fordere die Stadt Kamen auf, dem Klimaschutz oberste Priorität zu geben, anstatt ihn weiter mit wirtschaftlichen Bedenken zu blockieren.

Die FW/FDP-Fraktion werde die Resolution nicht mittragen, so Frau **Schaumann**. Notstand beinhalte die Einschränkung bürgerlicher Rechte, dies sei ihr verbal zu drastisch hergeleitet. Weiterhin gehe der Antrag zu weit, so würde eine Zustimmung auch Einschränkungen bei baulichen Vorhaben nachsichziehen.

Klimaschutz sei wichtig und man wolle sich nicht davor verschließen, so Herr **Eisenhardt**. Er zweifle aber an der Ausrufung eines Klimanotstandes. Die Stadt habe einen Klimaschutzmanager, es gebe die Umweltberatung der Verbraucherzentrale, Schulen würden energetisch saniert. Weiter zählte er einige Veranstaltungen und Maßnahmen auf, die dann zu unterlassen seien. Dies sei zu weitgehend. Daher beantrage seine Fraktion über die Punkte in der Resolution einzeln abzustimmen.

Herr **Diederichs-Späh** ergänzte, dass es in Kamen seit 2016 ein Klimaschutzkonzept gebe. Weiter gebe es die drei Säulen der Nachhaltigkeit, die dort aufgezeigt würden und welche er erläuterte. Auch das Nahmobilitätskonzept werde in Kamen umgesetzt. Er zeigte weitere Beispiele auf, die zum Schutz des Klimas umsetzbar seien.

Herr **Stalz** begrüße auch regionale Verbesserungsmaßnahmen, um den Klimaschutz zu stärken. Allerdings erschließe sich ihm der Begriff Notstand in diesem örtlichen Zusammenhang nicht.

Der SPD-Fraktion fehle der konkrete Bezug, so Herr **Heidler**. Auch er informierte über die bereits stattfindenden Klimaschutzmaßnahmen in Kamen. Er teile den Vorschlag von Herrn Eisenhardt über die Punkte einzeln abzustimmen.

Die Fraktion DIE LINKE./GAL unterstütze die Resolution, teilte Herr **Grosch** mit. Er sehe den Notstand in Kamen gegeben.

Die **Bürgermeisterin** fragte die Antragssteller nach dem weiteren Verfahren. Zum einen könne über die gesamte Resolution abgestimmt werden, zum andern, wie beantragt, über die einzelnen Punkte.

Die Sitzung wurde von 19.25 Uhr bis 19.35 Uhr unterbrochen.

Frau **Dörlemann** teilte für die Fraktion B90/Die Grünen mit, dass nur über den kompletten Antrag abzustimmen sei.

Die Fraktion DIE LINKE./GAL beantrage bei Ablehnung des Antrages, über die einzelnen Punkte abzustimmen und dies als Sachantrag zu werten, so Herr **Grosch**.

Beschluss über den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes.

Der Rat der Stadt Kamen

1. erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an
2. erkennt, dass wir auch lokal weitere Maßnahmen und Planungen ergreifen müssen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
3. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken

4. fordert die Bürgermeisterin auf, dem Rat und der Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten
5. fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, der Resolution zu folgen und den Klimanotstand auszurufen.

Abstimmungsergebnis zum gesamten Antrag: bei 32 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Sodann wurde über die einzelnen Punkte abgestimmt.

Abstimmungsergebnis über den Sachantrag der Fraktion DIE LINKE./GAL:

zu Punkt 1: bei 12 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen
zu Punkt 2: einstimmig angenommen
zu Punkt 3: bei 31 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt
zu Punkt 4: einstimmig angenommen
zu Punkt 5: bei 31 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an
- erkennt, dass wir auch lokal weitere Maßnahmen und Planungen ergreifen müssen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
- fordert die Bürgermeisterin auf, dem Rat und der Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 12 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 18.1.

Sachantrag der SPD-Fraktion
Einführung eines stadtweiten Stadtteilmanagements, Schwerpunkt Umwelt- und Klimaschutz

Herr **Heidler** erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Die CDU-Fraktion sprach sich grundsätzlich für den Antrag aus, so Herr **Eisenhardt**. Allerdings müsse die Stellenausweitung in Bezug auf den Haushalt überdacht werden. Er schlug die Einbindung der Ortsvorsteher vor. Seine Fraktion werde dem Prüfauftrag zustimmen.

Auch die Fraktion B90/Die Grünen werde dem Antrag zustimmen, teilte Frau **Laaßen** mit. Sie sehe dadurch eine Chance für die Bürger in den Stadtteilen. Sie fragte nach arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten.

Die **Bürgermeisterin** entgegnete, dass erweiterte Öffnungszeiten überdacht würden.

Frau **Schaumann** sah den Schwerpunkt Umwelt- und Klimaschutz in einzelnen Stadtteilbüros nicht gegeben. Dafür gebe es die Verbraucherzentrale sowie einen Klimaschutzmanager. Daher werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr **Diederichs-Späh** schloss sich den Ausführungen von Frau Schaumann an und erinnerte an die Kompetenzen des Kreises Unna. Er bat, den Prüfauftrag auch in Hinsicht einer Doppelstruktur zu berücksichtigen.

Herr **Heidler** betonte, dass bei so einem Projekt Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssten, dies müsse allen bewusst sein. Er begrüße die Einbeziehung von Ehrenamtlichen.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Kamen wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein stadtweites Stadtteilmanagement eingeführt werden kann, um vor Ort Beratung zu Stadtteilthemen eine Bürgerbeteiligung insbesondere auch mit dem Schwerpunkt Umwelt- und Klimaschutz durchzuführen. Die Verwaltung legt zeitnah einen entsprechenden Vorschlag vor, der den Finanzbedarf einer entsprechenden Stellenausweitung aufzeigt und wie das Konzept in allen Kamener Stadtteilen umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 19.

Interkommunales Bad prüfen
hier: Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion B90/DIE GRÜNEN

Herr **Diederichs-Späh** erläuterte den gemeinsamen Fraktionsantrag.

Herr **Helmken** befürchtete Kosten für die nachfolgenden Generationen und bat die Verwaltung um erneute Prüfung.

Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen, so Herr **Heidler**. Er verwies auf das Altenburg-Gutachten von 2013 und erinnerte an das Zustandekommen der Kombi-Bad-Lösung.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass die FW/FDP-Fraktion sich jahrelange für ein Kombi-Bad positioniert habe, daher werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr **Diederichs-Späh** kritisierte die hohen Kosten und empfand auch einen Entwurf zur Bäderlandschaft zu wenig.

Für Herrn **Grosch** sei eine interkommunale Lösung unvorstellbar, da es nicht mit dem Schulschwimmen vereinbar sei. Daher werde die Fraktion DIE LINKE./GAL dem Prüfauftrag nicht zustimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Bergkamen die Errichtung eines interkommunalen Bades zu erörtern und zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Sitzung des Rates nach der Sommerpause vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: bei 24 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 20.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

20.1 Mitteilungen der Verwaltung

20.1.1 Herr **Dr. Liedtke** informierte über die Mitgliedschaft der Stadt Kamen in der Fluglärmschutzkommission Dortmund. Sie tage zwei Mal im Jahr. Herr Dr. Liedtke sagte zu im Fachausschuss darüber zu berichten.

20.1.2 Die **Bürgermeisterin** berichtete über die zahlreichen Veranstaltungen am Wochenende, wie beispielsweise „20 Jahre Radstation“, „Gute Geschäfte“ in Kamen Quadrat, „Open Air Kamen Klassik“ sowie die Veranstaltungen im Rahmen von SummerLife.

20.2 Anfragen

20.2.1 Frau **Dörlemann** fragte nach der Positionierung der Stadt Kamen aufgrund der im März verabschiedeten Resolution zu der Aufnahme von Flüchtlingen.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass bei Anfrage zur Aufnahme von Flüchtlingen die Stadt Kamen dazu bereit sei.

20.2.2 Herr **Heuchel** fragte nach künftigen Maßnahmen zum Nahmobilitätskonzept. Er fragte nach fehlenden Beschilderungen zu Fußgängerüberwegen. Er halte es an allen alten Fußgängerüberwegen für notwendig, für Sehbehinderte taktile Leitsysteme anzubringen. Des Weiteren fragte er nach der Einrichtung von Mitnahmebänken. Zum Schluss berichtete er von der unveränderten Situation Am Geist/Nordstraße, hier regte er an, die Beschilderung für Radfahrer zu kontrollieren.

Die **Bürgermeisterin** sagte eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.

Anmerkung zum Protokoll:

- Die Maßnahmen des Nahmobilitätskonzeptes befinden sich auf den Seiten 76 bis 127, abrufbar u.a. hier: <https://www.o-sp.de/kamen/plan/uebersicht.php?pid=35666>
- Die Beschilderung für Radfahrer Am Geist/Nordstraße wurde vor Ort geprüft. Ein Mangel konnte nicht festgestellt werden.

- Die Beschilderung an Fußgängerüberwegen im Bereich von Kreisverkehren entspricht dem Merkblatt zur Anlage von Kreisverkehren. Demzufolge ist an Kreisverkehrsplätzen die Beschilderung mit VZ 350 entbehrlich.
- Sofern Straßenbaumaßnahmen im Bereich von Fußgängerüberwegen durchgeführt werden, werden diese auch mit taktilem Leitsystem ausgestattet.

20.2.3 Herr **Diederichs-Späh** bat entlang der Radwege die gefährlichen Pflanze Riesenbärenklau zu entfernen. Weiter fragte er, wie die Verwaltung insbesondere die Vergabestelle mit dem Urteil aus Straßburg zur Aufhebung der HOAI künftig umgehe.

Anmerkung zum Protokoll:

Aufhebung der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure)

Der EuGH hat in seiner Entscheidung vom 04.07.2019 (C-377/17) festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen europarechtliche Vorgaben verstoßen hat, in dem in der HOAI verbindliche Mindest- und Höchstsätze für Planungsleistungen vorgegeben sind. Aus dem Urteil kann daher nicht gefolgert werden, dass die HOAI in Gänze europarechtswidrig ist. Weder die Leistungsbilder noch die Honorartabellen als solche stehen zur Diskussion. Eine Gesetzesänderung ist ausschließlich dahingehend erforderlich, dass die Verpflichtung abgeschafft werden muss, Honorare zwischen den Mindest- und Höchstsätzen zu vereinbaren. Unterschreitungen wie auch Überschreitungen sind damit zukünftig zulässig. Bereits abgeschlossene Verträge, bei denen eine Honorarermittlung nach den Vorgaben der HOAI vereinbart wurde, behalten grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Bis der Gesetzgeber in Abstimmung mit Architektenkammern und weiteren Verbänden eine geänderte HOAI vorlegt, kann bei zukünftig zu vergebenden Verträgen die bestehende HOAI als Orientierungsrahmen angewandt werden mit der Möglichkeit, Zu- oder Abschläge zu vereinbaren.

20.2.4 Die Frage von Herrn **Grosch** hinsichtlich eines Berichtes im WDR zur rechten Szene Combat 18 in Dortmund, ob der Verwaltung weitere Informationen und Aktionen vorliegen würden, da angeblich Verbindungen nach Kamen bestünden, verneinte die **Bürgermeisterin**.

20.2.5 Frau **Middendorf** fragte nach dem aktuellen Sachstand zur ehemaligen Polizeikaserne an der Dortmunder Allee.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass es kein neues Interessensbekundungsverfahren gebe und man dieses Jahr mit einem neuen Wertgutachten rechne. Sie werde den Rat und die Ausschüsse entsprechend informieren.

20.2.6 Herr **Eisenhardt** fragte nach, an wen die Resolution zur Aufnahme von Flüchtlingen geschickt worden sei.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass die Resolution an die verschiedenen politischen Gremien versandt worden sei. Frau **Klanke** ergänzte, dass sie auch an alle Vereine und Verbände in Kamen weitergeleitet worden sei und es Rückläufe gegeben habe.

Auf die Frage von Herrn **Eisenhardt** nach Nistmöglichkeiten für den Eichenprozessionsspinner antwortete die **Bürgermeisterin**, dass die Verwaltung bereits Maßnahmen getroffen habe und diese im Fachausschuss vorgetragen würden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer